

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
[www.gsoa.ch/adressen](http://www.gsoa.ch/adressen)

# GSoA GSOA-ZITIG NR. 206

JUNI 2026

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

## Zivildienst retten!

Der Zivildienst ist ein Kind der GSoA-Bemühungen der 80er und 90er Jahren. Heute müssen wir ihn gegen den wahnsinnigen Aufrüstungs-Backlash verteidigen.

SEITE 3

## Schweizer Waffen töten mit in aller Welt

Uneingeschränkte Waffenlieferungen an die USA, indirekt an Israel, in Bürgerkriegsländer. Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes ist noch schlimmer, als sie auf den ersten Blick erscheint. SEITE 4

## G7-Gipfel in Evian: 2003 vs. 2026

Ob Trump oder George W. Bush: Der persönliche Rückblick eines Direktbetroffenen beschreibt die frappanten Parallelen zwischen dem G8-Gipfel 2003 und dem G7-Gipfel 2026. SEITE 6

## Der stille Erfolg

Die Sanktionierung von russischem Flüssiggas durch den Bundesrat erfolgte klammheimlich. Wo die konventionellen Medien versagen, schaut die GSoA-Zitig hin. SEITE 7

# HÄNDE WEG VOM ZIVILDIENTST!

# NEIN

zum neuen  
Zivildienstgesetz

jetzt abstimmen!





## ZIVILDIENTST-REFERENDUM

## Schikane als Strategie

**Die einschneidendste Änderung des neuen Zivildienstgesetzes, über welches wir am 14. Juni abstimmen, ist simpel in ihrer Logik: Wer in den Zivildienst wechseln will, soll mindestens 150 Diensttage leisten müssen – unabhängig davon, wie viele noch ausstehend wären. Rechenbeispiel: Wer noch 10 Diensttage im Militär übrig hat, müsste statt heute 15, zukünftig 150 Tage als Zivi leisten. Kurz: Wer seinen Gewissenskonflikt nicht rechtzeitig anmeldet oder erst während dem Armeedienst zur Vernunft findet, wird bestraft. Und das ist nur eine von sechs Massnahmen, die den Wechsel in den Zivildienst ungemütlicher machen sollen.** ELIA GERBER

Nennen wir das Kind beim Namen: Diese Reform ist keine sachliche Anpassung, sondern ein Strafinstrument. Den Bürgerlichen gefällt es nicht, dass viele junge Menschen lieber einen längeren Dienst auf sich nehmen, als in ihrer geliebten Armee zu dienen. Der Bundesrat rechnet damit, dass die Zulassungen zum Zivildienst deshalb um 40 Prozent zurückgehen werden. Den Bürgerlichen reicht das bei weitem nicht – die Arbeit an der vollständigen Abschaffung des Zivildienstes läuft bereits.

### SALAMITAKTIK: KEINE NEUE STRATEGIE

Die vorliegende Gesetzesänderung markiert dabei den ersten gezielten Angriff auf die Institution Zivildienst. Der Nationalrat hat einem Vorstoss zur Wiedereinführung der Gewissensprüfung bereits zugestimmt. Damit käme dieses Relikt aus längst überwunden geglaubten Zeiten zurück – bis 2009 musste, wer zum Zivildienst wollte, vor einer Kommission sein Gewissen «prüfen» lassen. Dass ein Gewissen gar nicht geprüft werden kann und es sich dabei nur um Schikane handelt, war damals schon klar.

Darüber hinaus fordert das Parlament die Einführung der sogenannten «Sicherheitsdienstpflicht». Dahinter verbirgt sich die Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz, womit viele heutige Tätigkeitsbereiche der Zivis einfach gestrichen würden.

Es ist also keine isolierte Abstimmung. Am 14. Juni entscheidet die Schweiz über den strategischen Abbau des Zivildienstes und die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft.

### DAS PHANTOM NAMENS ALIMENTIERUNGSPROBLEM

Das grosse Argument der Befürwortenden: Die Armee sei zu klein, die Sicherheit der Schweiz sei gefährdet.

Doch: Die Armee hat im Moment einen höheren Bestand, als es das Gesetz erlaubt. In Artikel 1 der Armeeorganisationsverordnung steht es schwarz auf weiss: Der Effektivbestand darf «höchstens 140'000 Militärdienstpflichtige» betragen. Laut VBS lag der Bestand 2025 aber bei 146'718. Die Armee bricht also das Gesetz, weil sie zu gross ist. Und der Zivildienst soll geschwächt werden, damit sie noch grösser werden kann.

### WAS DAS MIT ANTIMILITARISMUS ZU TUN HAT

Manche fragen: Warum liegt uns als GSoA der Zivildienst so am Herzen? Wir wollen doch die Armee und die Dienstpflicht abschaffen!

Stimmt. Aber der Zivildienst ist heute das einzige niederschwellige Instrument, mit dem sich Menschen dem Militärdienst entziehen können, ohne vor Gericht zu landen. Es ist nicht lange her, da endeten junge Männer mit Gewissenskonflikt im Gefängnis. Zwischen 1968 und 1996 steckte der Schweizer Staat deswegen rund 12'000 Menschen hinter Gitter. Obwohl das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ein Menschenrecht ist.

Dieses Recht wird mit dieser Vorlage eingeschränkt. Und es wird nicht nur die Gewissensfreiheit angegriffen, sondern auch der ge-

sellschaftliche Wert des Zivildienstes herabgesetzt.

Jede Person, die heute den Militärdienst verweigert und stattdessen in Spitälern, Schulen oder Naturschutzprojekten arbeitet, ist eine Person weniger, die Panzer poliert. Das ist kein Nebenschauplatz – das ist Entmilitarisierung im Kleinen, Zivi für Zivi.

### AM 14. JUNI: NEIN ZUR SCHIKANE, NEIN ZUM ANGRIFF AUF DIE GEWISSENSFREIHEIT

Deshalb stimmen wir Nein. Nicht weil der Zivildienst unsere Vision ist. Sondern weil Gewissensfreiheit nicht verhandelbar ist, weil wir der Salamtaktik einen Riegel schieben müssen – und weil wir der grassierenden Militarisierung mit unserer Stimme entgegenwirken können.



## ZIVILDIENTST

## Der lange Weg zum Zivildienst

**Der Höhepunkt eines 90 Jahre dauernden Kampfes waren die 83 Prozent Ja-Stimmen am 17. Mai 1992.** JOSEF LANG

Der Zivildienst ist eine aussergewöhnliche Erfolgsgeschichte. 2025 wurden 1,9 Millionen Diensttage geleistet. 2024 leisteten 98,3 Prozent der Zivis ihren sinnvollen Dienst vollständig. Bei den Soldaten dürfte der Anteil einiges tiefer sein. Von den zivilen Diensttagen fielen 52 Prozent auf das Sozialwesen, 15 Prozent auf das Gesundheitswesen, 10 Prozent auf den Umweltschutz. Zu den weiteren Bereichen gehören die Bauernfamilien mit 3 Prozent.

In der Regel werden Institutionen in Frage gestellt, wenn sie erfolglos sind. Beim Zivildienst ist das Gegenteil der Fall. Gerade weil er eine Erfolgsgeschichte ist, wollen ihn die Militärköpfe kaputt machen. Dass ihre Ablehnung des Zivildienstes ideologisch und nicht sicherheitspolitisch begründet ist, bestätigt ein Rückblick auf ihren hartnäckigen Kampf gegen seine Einführung.

### AM ANFANG STANDEN DIE RELIGIÖS-SOZIALISTEN

Die allererste Petition für die Einführung eines Zivildienstes stammte von Paul Pettavel, dem protestantischen Pfarrer von La-Chaux-de-Fonds. Der aus einer Uhrmacher-Familie des Val-de-Trâvers stammende religiöse Pazifist und Vorkämpfer des Frauenstimmrechts hatte 1903 eine Petition für die Schaffung eines Zivildienstes eingereicht. Angesichts des Aufstiegs

des preussischen Militarismus in der Schweiz hatte sein Anliegen keine Chance.

1923 reichten die Religiös-Sozialisten Leonhard Ragaz, ein Pfarrer aus dem Bündnerland, und Pierre Cérésolle, ein Mathematiker aus Lausanne, eine von 40'000 Personen unterzeichnete Petition ein, die einen um ein Drittel längeren Zivildienst forderte. Ragaz war, bevor er 1912 Sozialist wurde, freisinniger Feldprediger gewesen. Cérésolle, Sohn eines freisinnigen Bundesrates, hat 1916 als Untauglicher den Wehrpflichtersatz verweigert und 1920 die Organisation Service Civil International gegründet. Als er 1945 starb, war er sechsmal im Gefängnis gewesen.

### BÜRO FARNER GEGEN DIE TATBEWEIS-INITIATIVE

Eine erneute Bedeutung gewann der Zivildienst mit dem Wiederaufstieg der Verweigerer-Zahlen ab 1966. Die 1974 gestartete Zivildienst-Initiative aus dem Gymnasium Münchenstein wurde, da sie als allgemeine Anregung formuliert war, völlig verwässert und verfälscht. So wurde sie auch vom Friedensrat und von der Linken abgelehnt. Selbst die Initiant\*innen vermochten sich für die Vorlage nicht mehr erwärmen. Sie scheiterte am 4. Dezember 1977 mit 62 Prozent Nein-Stimmen. Kurz vor der Abstimmung hatten Einzelpersonen die Tat-

beweis-Initiative lanciert, in der die Leistung eines um 50 Prozent längeren Zivildienstes eine Gewissensprüfung ersetzte.

1984, als die Schweiz 788 Verweigerer verurteilte, ist es der «Aktion Freiheit und Verantwortung», ihrem «Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft», der «Arbeitsgemeinschaft für gleiche Wehrpflicht und eine friedenssichernde Milizarmee», dem «Eidgenössischen Komitee für allgemeine Wehrpflicht», dem «Schweizerischen Aktionskomitee gegen die Aushöhlung der Allgemeinen Wehrpflicht», dem «Überparteilichen Komitee gegen die Unterwanderung unserer Milizarmee», dem «Komitee gegen die Dienstverweigererinitiative» und der «Aktion wehrhafte Friedenssicherung» gelungen, aus der zweiten Zivildienstinitiative eine Armee-Abschaffungsinitiative zu machen. Nach dieser hauptsächlich aus dem Rüstungslobby-Büro Farner orchestrierten Kampagne schaffte die Tatbeweis-Initiative am 26. Februar 1984 lediglich 36 Prozent Ja-Stimmen.

### VOM GSOA-ERFOLG ZUM ZIVILDIENTST

Als die GSoA-Initiative am 26. November 1989 bei einer Rekordbeteiligung ebenfalls auf 36 Prozent kam, liess sich der Zivildienst nicht mehr verhindern. Am 17. Mai 1992 stimmten 83 Prozent für den Zivildienst. Dieser wurde am 1. Januar 1996 eingeführt – allerdings mit einer unwürdigen Gewissensprüfung vor einer Zulassungskommission. Sie wurde auf Druck von Linken und Liberalen 2009 abgeschafft.

Setzen wir den Militärköpfen im Abstimmungskampf die grosse Mehrheit vom Mai 1992 entgegen!



# KRIEGSMATERIAL

KRIEGSMATERIAL-REFERENDUM

## Es steht noch mehr auf dem Spiel, als die meisten wissen

**Uneingeschränkte Waffenlieferungen an die USA, auch in Kriegszeiten. Kriegsmaterial für Bürgerkriege wie im Sudan. Kriegsmaterial für Israel. Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes ist noch schlimmer, als sie auf den ersten Blick scheint. Bei der Volksabstimmung im Herbst wird es das Engagement von uns allen brauchen, um gegen die Millionen der Rüstungslobby zu gewinnen.** ANDREAS WEIBEL

Das aktuelle Schweizer Kriegsmaterialgesetz hat viele Schlupflöcher: Es gibt Güterkategorien, wie zum Beispiel militärische Trainingsflugzeuge, die nicht erfasst werden. Baugruppen und Ersatzteile sind zu wenig reguliert. Die Konsequenzen, wenn ein Land die gelieferten Waffen unerlaubt weitergibt, sind zu lasch.

Natürlich kritisieren wir, dass der Bundesrat bereits bewilligte Lieferungen an die USA für die Dauer des Iran-Krieges nicht ausgesetzt hat. Aber gleichzeitig müssen wir auch festhalten: Dass die Schweiz während des bewaffneten Konflikts keine neuen Ausfuhren bewilligt hat, ist konsequenter als die Position vieler anderer Staaten. Selbst die spanische Regierung von Pedro Sánchez – für ihre deutlichen Worte zurecht von vielen gelobt – hat die Waffenlieferungen an die USA nie eingeschränkt. Wir haben das heutige Kriegsmaterialgesetz mühsam erkämpft, es wurde schrittweise wieder ausgehöhlt, dank zivilgesellschaftlichem Druck konnte es wieder gestärkt werden. Was das bürgerliche Parlament nun jedoch beschlossen hat, läuft auf eine Pulverisierung der Gesetzgebung hinaus.

### WAS DIE «LEX RÜSTUNGSINDUSTRIE» WIRKLICH BEDEUTET

Erstens erhalten 25 westliche Staaten – die wichtigsten Kunden der Schweizer Rüstungsindustrie – einen generellen Bewilligungsfreipass, auch wenn sie in bewaffnete Konflikte verwickelt sind. Zweitens werden Nichtwiederausfuhr-Erklärungen faktisch abgeschafft: Schweizer Waffen könnten künftig im Sudan, in Syrien oder in Israel auftauchen, ohne dass die Schweiz eingreifen kann. Diese Länder könnten auch dann beliefert werden, wenn sie die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch missachten oder in einen Bürgerkrieg verwickelt sind. Alles, was es dafür bräuchte, ist ein Zwischenhändler oder eine Tochterfirma zum Beispiel in den USA oder Grossbritannien. Drittens erhält der Bundesrat eine Abweichungskompetenz, die es ihm erlaubt, in nicht genauer definierten «ausserordentlichen Umständen» alle Exportkriterien zu umgehen – demokratische Kontrolle ade. Die Änderungen sind kein technischer Feinschliff. Sie sind ein Paradigmenwechsel. Kein anderer westlicher Staat hat je die Kontrolle über seine Rüstungsexporte in einem solchen Ausmass aufgegeben.

**UNSER ENGAGEMENT WIRD ENTSCHEIDEN**

Bisher ist in der breiten Öffentlichkeit noch nicht angekommen, wie radikal diese Vorlage ist. Die parlamentarische Vorgeschichte der

Gesetzesänderung war kompliziert, so dass schlussendlich selbst vielen Parlamentarier\*innen nicht ganz klar war, worüber sie genau abstimmten. Es gibt viele Menschen, die eine Anpassung eigentlich befürworten würden, um Weiterlieferungen an die Ukraine zu ermöglichen – doch auf Druck der SVP ist genau das im Gesetz ausgeschlossen. Während es bei vielen Abstimmungskampagnen vor allem darum geht, die bereits Entschlossenen zu motivieren, an die Urne zu bewegen, wird bei dieser Vorlage das Erklären der Änderungen und die Überzeugungsarbeit noch wichtiger sein.

Die Rüstungslobby schaltet bereits seit dem Frühling ganzseitige Anzeigen. Sie wird Millionen einsetzen, um die Änderungen durchzudrücken. Es geht um Umsätze in Milliardenhöhe. Vor allem will die Industrie wieder ohne Einschränkungen am weltweit lukrativsten Markt in den Golfstaaten mitprofitieren.

Den Millionen der Rüstungsindustrie müssen wir unser Engagement entgegenhalten. Es wird die Mithilfe von uns allen brauchen: Beim Verteilen von Flyern, in den Leserbrief- und Kommentarspalten, in den sozialen Medien, beim Aufhängen von Fahnen, im direkten Gespräch – und auch finanzielle Unterstützung werden wir brauchen. Was Du selbst beitragen kannst, erfährst Du auf:

[kriegsmaterial-referendum.ch](http://kriegsmaterial-referendum.ch)



RÜSTUNGSPOLITIK

## Ein wenig Töten geht noch

**Es gibt wenige politische Geschäfte, bei denen dermassen verlogen argumentiert wird, wie bei Rüstungsexporten. Ein Paradebeispiel dafür sind die Schweizer-Kriegsmaterialexporte in die USA.** MARTIN PARPAN

Die Ausgangslage war klar: Der Bundesrat hatte den Konflikt im Nahen Osten zwischen den USA und dem Iran aufgrund seiner Intensität und Dauer als «Krieg» eingestuft. Mit der Einstufung als «Krieg» war auch klar, dass sämtliche Kriegsmaterialexporte an die kriegführenden Staaten verboten sind.

### FRIEDLICHE SCHWEIZER WAFFEN

Wer aber glaubte, dass nun folgerichtig alle Kriegsmaterialexporte in die USA gestoppt werden, der irrte. Das Exportverbot wurde nur für neu zu bewilligende Export-Anträge angewendet. Bereits bewilligte Ausfuhren in die USA dürfen weiterhin abgewickelt werden. Das heisst, ein bisschen Töten darf man noch, einfach nicht mehr ganz so umfangreich. Somit steht der Bundesrat vor folgender Situation: Er hat den Konflikt richtigerweise als «Krieg» einge-

stuft, diesen zudem richtigerweise als «völkerrechtswidrig» bezeichnet und trotzdem Kriegsmaterialexporte an den kriegführenden Staat USA zugelassen. Es stellte sich nun die Frage, wie sich der Bundesrat aus dieser widersprüchlichen Faktenlage herauswinden sollte. Spätestens hier wird das Ganze grotesk: Es soll festgestellt worden sein, dass die bewilligten Rüstungsgüter «keine Kriegsrelevanz» hätten. Wie bitte? Möchte der Bundesrat der Schweizer-Bevölkerung weismachen, dass er in Kenntnis ist, wie die Administration Trump das Kriegsmaterial «made in Switzerland» einsetzen wird? Wann ist eine Waffe für den Krieg relevant? Welche Definition hat der Bundesrat angewendet? Hängt es vom Zeitpunkt der Bestellung ab? Geht es um die Zerstörungskraft? Man muss nicht Armeegegner sein, um festzustellen, dass es hier in keiner Weise um eine seriöse

analytische Beurteilung ging, sondern dass es ein politischer Entscheid war, mit dem zwei Ziele erreicht werden sollten. Erstens wollte man Donald Trump aus Angst vor seinen unkontrollierbaren Reaktionen nicht verärgern. Zweitens wollte man die Schweizer-Rüstungsindustrie schützen. Schliesslich befinden sich die bewilligten Geschäfte bereits in der Bilanz – also wurden die wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt.

### SCHWÄCHUNG DES VÖLKERRECHTS

Nun könnte man wohlwollend argumentieren, dass der Bundesrat einen «gut schweizerischen Kompromiss» gefunden hat: Grundsätzlich werden keine Exporte bewilligt, aber dort wo die Waffen schon auf der Rampe stehen, gilt «Augen zu und durch». Allerdings geht es um weit mehr als um die Ausfuhr einer übersichtlichen Anzahl Waffen. Es geht darum, dass der Bundesrat mit diesem Vorgehen das Völkerrecht schwächt. Schliesslich hat die USA gemäss bundesrätlicher Beurteilung mit dem Angriff auf den Iran das Völkerrecht verletzt. Wenn der Bundesrat nicht alle Kriegsmaterialexporte unterbindet, unterstützt er somit einen

völkerrechtswidrigen Angriff. Das Völkerrecht ist heute unter enormem Druck. Trump, Putin, die Mullahs am Golf und viele andere missachten das Völkerrecht. Wenn sich die Schweiz, wenn auch weit weniger massiv, ebenfalls auf diesen Weg begibt, dann ist dies durchaus relevant. Der Bundesrat macht damit keine Politik im Interesse der Völkergemeinschaft und somit auch nicht im Interesse des Landes.

### EIN FETTNAPF MEHR

Auf der kommunikativen Ebene gilt es zudem noch anzumerken, dass der Bundesrat und mit ihm vor allem Verteidigungsminister Martin Pfister weit hinter seinen eigenen Zielen zurückbleibt. So hatte er kürzlich in einem Interview mit der NZZ verlauten lassen, dass es sein Ziel sei, an der Kultur im VBS zu arbeiten. Man müsse transparenter werden und es dürfe nichts versteckt werden. Mit seinen «pseudo-logischen» Argumenten der «nicht kriegsrelevanten» Waffen, dürfte er einen Schritt in die gegenteilige Richtung gemacht haben. Somit «alter Wein in neuen Schläuchen».

RESOLUTION VV

## Frauen, Militarisierung und Waffengewalt

**An ihrer letzten Generalversammlung nahm die GSoA die Resolution «Frauen, Militarisierung und Waffengewalt» an. Dies geschah vor dem Hintergrund politischer Bestrebungen auf Bundesebene, den Frauenanteil in der Armee zu erhöhen, insbesondere mit der Einführung eines obligatorischen Informationstages und Debatten über die eventuelle Erweiterung der Dienstpflicht. Angesichts dieser Entwicklungen war es für die GSoA unabdingbar, ihren feministischen Antimilitarismus zu bekräftigen.** PAULINE SCHNEIDER

Die Resolution erinnert daran, dass die Förderung der Gleichstellung nicht durch die Integration von mehr Frauen in eine militarisierte Institution erreicht werden kann. Die Armee beruht auf einer Logik der Hierarchie und der Legitimierung der Gewalt und bleibt weiterhin von einer patriarchalen Kultur geprägt, in der Diskriminierungen und sexistische Gewalt auf

der Tagesordnung stehen. Vor diesem Hintergrund wird die Integration der Frauen in die Armee als Fortschritt für die Gleichberechtigung gepriesen, während in Wirklichkeit feministische Kämpfe für die Stärkung der Armee instrumentalisiert werden.

Unser Text betont ebenfalls, dass Sicherheit nicht dank mehr Waffen, sondern durch soziale

Gerechtigkeit, internationale Zusammenarbeit und Konfliktprävention entsteht. Während Militärbudgets erhöht werden, kommen andere essenzielle Bereiche wie Gesundheit, Bildung und internationale Zusammenarbeit finanziell unter Druck. Diese politische Ausrichtung stärkt die Ungleichheiten in der Gesellschaft und geht zulasten der Frauen, die oft in diesen Bereichen die grösste Verantwortung tragen.

Schliesslich erinnert die Resolution auch daran, dass Frauen durch Vertreibungen, sexuelle Gewalt, die Ernährungslage und Verletzungen der Menschenrechte von bewaffneten Konflikten überproportional betroffen sind. Vor diesem Hintergrund ist die Lockerung des Kriegsma-

terialgesetzes besonders Besorgnis erregend, da sie indirekt noch mehr Gewalt gegen Frauen auslösen könnte.

Mit der Annahme dieser Resolution durch die Vollversammlung setzt die GSoA ein starkes politisches Signal. Die Resolution erklärt, dass echte feministische Sicherheit mit Abrüstung, sozialer Gerechtigkeit und echter Gleichstellung gleichzusetzen ist – nicht mit weiterer Militarisierung. Sie betont auch unseren Standpunkt, dass feministische Kämpfe nicht der Legitimierung der Armee dienen dürfen, sondern den Aufbau von pazifistischen, solidarischen Alternativen ermöglichen müssen.

GASTBEITRAG

## Ein feministischer Blick auf Sicherheit

**Ende 2025 entschied die sicherheitspolitische Kommission, dass Soldat\*innen die Taschenmunition wieder mit nach Hause nehmen dürfen. Die Taschenmunition wurde 2007 vor allem zur Verhinderung von Tötungsdelikten, Amoktaten und Suiziden mit Armeewaffen abgeschafft. Als Grund für die Wiedereinführung wurde die veränderte Sicherheitslage in Europa genannt. 2025 wurden in der Schweiz 29 Frauen und Mädchen getötet.**

ANNA-BÉATRICE SCHMALTZ

Es geht um Macht und Kontrolle über die (Ex-)Partnerin. Diese Feminizide sind die Spitze des Eisbergs geschlechtsspezifischer Gewalt. Durch das grosse Engagement von feministischen Aktivist\*innen wurde ein Diskurs angestoßen und auch in der breiten Gesellschaft verständlich gemacht, dass Feminizide keine Einzelfälle sind. Die patriarchalen Strukturen, die den Taten zugrunde liegen, müssen klar benannt werden. Doch trotz der erhöhten Sicht-

barkeit der Thematik fehlt es noch an offiziellen Statistiken zu Feminiziden in der Schweiz.

In dem Jahr, in dem es einen Anstieg an Feminiziden in der Schweiz gab, in dem Jahr, in dem Feminizide im öffentlichen Diskurs stark präsent waren, ist der Vorschlag, die Taschenmunition wieder nach Hause zu geben, ein erschreckendes Beispiel für die Verkennung von Lebensrealitäten Gewaltbetroffener und der Gleichgültigkeit gegenüber der Sicherheit von

marginalisierten Gruppen. Die Taschenmunition macht die Situation von Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, noch gefährlicher. Je mehr Schusswaffen verfügbar sind, desto höher ist das Risiko, dass sie für Tötungen genutzt werden. Die Abschaffung der Taschenmunition vor 19 Jahren war deshalb ein wichtiger Schritt zur Verhinderung massiver Gewalttaten. Das Beispiel zeigt, dass Sicherheit noch immer sehr eng und vor allem im patriarchalen Verständnis des Nationalstaates verstanden wird.

Sicherheitspolitik muss primär den Schutz des Individuums sowie der Gemeinschaft und nicht des Staates ins Zentrum stellen. Sicherheit muss bedeuten, geschützt zu sein vor jeglichen Formen von Gewalt – auch vor geschlechtsspezifischer Gewalt. Sicherheit muss auch sozioökonomische Sicherheit und die Sicherheit auf ein menschenwürdiges Leben für alle beinhalten. Dass Sicherheit so eng definiert wird, hat auch finanzielle Auswirkungen. Während die Rüstungsindustrie von der aktuellen Aufrüstungspirale profitiert und für das Militär bereitwillig Milliarden ausgegeben werden, fehlt es an Frau-

enhausplätzen in der Schweiz. Viermal so viele Frauenhausplätze bräuhete es laut der Istanbul-Konvention (das Menschenrechtsabkommen des Europarats zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt) in der Schweiz, um eine wirkliche Sicherheit für Betroffene von häuslicher Gewalt zu gewährleisten.

Um geschlechtsspezifische Gewalt nachhaltig zu verhindern, muss die Politik viel mehr in Gleichstellungsmassnahmen investieren. Denn fehlende Gleichstellung ist der Nährboden geschlechtsspezifischer Gewalt und verhindert Sicherheit. Schlussendlich fand der Vorschlag, die Taschenmunition wieder zu ermöglichen, keine Mehrheit im Ständerat. Feministische und Frauenrechtsorganisationen haben innerhalb kürzester Zeit stark öffentlich Druck gemacht. Sie haben sich eingesetzt für die Sicherheit von Frauen und Betroffenen von häuslicher Gewalt. Dies zeigt, dass es in Zeiten des rechten Backlash und der militärischen Aufrüstung weiterhin viel Einsatz für eine feministische und gewaltfreie Gesellschaft sowie einen feministischen Blick auf Sicherheit braucht. Bleiben wir laut, solidarisch und sichtbar mit unseren Forderungen – spezifisch auch am 14.6.

### Raus zum FemStreik!

Scanne diesen QR Code zum CHANGEPlanner, dem aktivistischen Kalender und schau dir an, welche Events bei dir am 14. Juni stattfinden. Folge jetzt dem Telegramkanal **CHANGEPlanner** und bleib up to date!



FEMINISTISCHER STREIK

## Care-Arbeit ist Sicherheit

**Sie nennen es Sicherheit, was uns gefährdet. Wir nennen es Care, was uns rettet. Milliarden für Rüstung und nichts für Care-Arbeit? Nicht mit uns!** NOEMI BUZZI

Nach Ansicht der rechtsbürgerlichen Kräfte hat Sicherheit vor allem einen militärischen Aspekt. Die Botschaft lautet: Durch Aufrüstung und massive Investitionen in den Rüstungssektor schützen wir das Land vor den Bedrohungen und Krisen unserer Zeit. Der «Feind» ist immer extern, jenseits der Grenzen, auf der Lauer. Doch diese Definition von Sicherheit ist eine Lüge.

Was ist mit struktureller Gewalt hierzulande? Was mit Armutsbetroffenheit und den Menschen, die jeden Tag um ihre Würde kämpfen müssen? Während die Regierung Milliarden in die Rüstungsindustrie pumpt, werden Bildung, Kultur, Gesundheit und Pflege systematisch ausgehun-

dert. Unsere Vision von Sicherheit ist radikal anders. Sie beruht auf Solidarität, gegenseitiger Fürsorge und menschenwürdigen Lebensbedingungen. Echte Sicherheit entsteht nicht durch Waffen, sondern durch gute Bildung und zugängliche Gesundheitsversorgung.

Die Aufwertung der Care-Arbeit ist kein Kostenfaktor. Sie ist eine konkrete Investition in die Sicherheit aller Menschen. Aus diesem Grund haben mehrere feministische Kollektive beschlossen, nächstes Jahr am 14. Juni 2027 einen grossen Streik zum Thema Care-Arbeit zu organisieren. Denn ohne Care-Arbeit würde unsere Gesellschaft stillstehen.

## SCHWEIZ

GIPFEL IN EVIAN

**G8 im Jahr 2003 vs. G7 im Jahr 2026**

**Wieder bricht der US-Präsident im März im Nahen Osten einen illegalen Angriffskrieg vom Zaun und stürzt die Region ins Chaos. Wieder findet im Juni ein G7-Gipfeltreffen in Evian statt. Wieder hilft das Schweizer Militär den Gipfel zu schützen. Wieder sind Proteste geplant. Die Parallelen zwischen 2003 und 2026 sind frappant. Aber ein persönlicher Rückblick zeigt auch, was sich verändert hat.** ANDREAS WEIBEL

Im Frühling 2003 erhielt ich den Marschbefehl. Als Soldat der Truppen für die elektronische Kriegsführung bekam ich das Aufgebot, Dienst zu leisten im Rahmen des subsidiären Einsatzes der Armee zum Schutz des G8-Gipfels in Evian. Wie ich später erfuhr, hatte meine Kompanie die Aufgabe, die Walkie-Talkies der Demonstrierenden auf der französischen Seite der Grenze abzuhören. So fand das Schweizer Militär heraus, dass italienische Anarchist:innen vom Genfer Hausberg Salève aus die Demonstrierenden in Annemasse über die Bewegungen der französischen Polizei informierten.

Während einer Kundgebung gegen den G8-Gipfel in Genua zwei Jahre zuvor hatte ein Carabinieri den 23-jährigen Carlo Giuliani erschossen. Schulkollegen von mir waren zusammen mit Hunderten anderen mitten in der Nacht festgenommen, in der Kaserne von Bolzaneto gefoltert und gezwungen worden, faschistische und antisemitische Lieder zu singen – weil sie es wagten, gegen eine Politik zu demonstrieren, die nur den Profiten der Mächtigen diene.

**IRAK-KRIEG**

Im März 2003 begann der damalige US-Präsident George W. Bush den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak. Millionen Menschen nahmen einen Monat vor Kriegsbeginn an Friedensde-

monstrationen teil, vor allem in Europa, aber auch in den USA und anderswo. Auch in der Schweiz gab es zahlreiche Kundgebungen, alleine in Bern waren 50'000 Menschen auf der Strasse.

Und nun kam Präsident Bush zum G8-Gipfel in Evian, ebenso sein Waffenbruder Tony Blair aus Grossbritannien. Italien wurde vertreten

von Silvio Berlusconi, der die Postfaschisten zurück an die Hebel der Macht gebracht hatte und Russland durch Wladimir Putin, dessen Truppen in Tschetschenien brutale Kriegsverbrechen verübt hatten. Um die 25'000 Sicherheitskräfte wurden für den Gipfel aufgeboten, darunter auch 5'000 Schweizer Soldaten.

Undenkbar, dass ich einer von ihnen sein sollte. Ich wollte nicht Hilfssheriff sein, um Kriegsverbrecher vor friedlichen Demonstrationen zu beschützen. Und so verweigerte ich den Militärdienst, zusammen mit vielen anderen. Statt in Uniform verbrachte ich den G8-Gipfel an den Gegenprotesten in Lausanne.

Grosskundgebung 2003 in Genf gegen den G8 Gipfel.

**DER VERGLEICH**

Gut zwei Jahrzehnte später sitzt Donald Trump an der Stelle von George W. Bush, anstatt den Irak hat er den Iran angegriffen, und in Italien sind wieder die Postfaschisten an der Macht. Doch was sind neben den offensichtlichen Parallelen die Unterschiede zu 2003? Während der Irak-Krieg von 2003 ein monatelanges Vorspiel hatte, in dem die US-Regierung mit völkerrechtlichen Argumenten im Rahmen der UNO versuchte, Verbündete zu gewinnen, walzt Trump sämtliche Regeln in einem atemberaubenden Tempo nieder. Er droht Kanada, kündigt eine Invasion Grönlands an, bombardiert den Iran, greift Venezuela an. Schon nur die schwindelerregende Geschwindigkeit verunmöglicht es, konkrete Proteste zu organisieren.

Ein weiterer Aspekt sind die Sozialen Medien, die es 2003 noch nicht gab. Informiert haben wir uns alle über Indymedia. Wenn nicht eine globale, so gab es zumindest eine kohärente westeuropäische Gegenöffentlichkeit. Für die GSoA kommt hinzu: Der Irak-Krieg fiel in eine Zeit, in welcher in der Schweiz keine anderen grossen sicherheitspolitischen Fragen hängig waren. So konnten wir uns 2003 ganz auf die Organisation und Koordination der Proteste gegen den Irak-Krieg fokussieren.

Was sich jedoch nicht geändert hat und nie ändern wird: Wir setzen uns weiterhin gegen die zunehmende Militarisierung und Rechtlosigkeit auf internationaler Ebene, aber auch gegen den Einsatz der Schweizer Armee gegen zivile Bewegungen ein. Entsprechend rufen wir zur Teilnahme an den Protesten gegen den G7-Gipfel auf. Mehr dazu findet sich hier: [nog7ge.noblogs.org](http://nog7ge.noblogs.org)

FLÜSSIGGAS UND NOVATEK

**Erfolgreicher Kampf für Sanktionen gegen Putin**

**Der Bundesrat machte mal etwas Richtiges. Warum verschweigen es die Medien?**

JOSEF LANG

Demo für die Sanktionierung von russischem Flüssiggas und deren Hauptfirma, der Zuger Novatek, durch. Während der vier Kriegsjahre hatte die Novatek der russischen Kriegswirtschaft über 40 Milliarden Dollar geliefert. Davon flossen gut 12 Milliarden Dollar an Gewinnsteuern direkt in Putins Kriegskasse. Mit diesem Betrag liessen sich 336'000 Angriffsdrohnen vom iranischen Bautyp Shahed kaufen. Am folgenden Tag, dem 25. März, beschloss der Bundesrat endlich, diesen Geldfluss in Putins Kriegskasse zu stoppen.

Der Bundesrat berief sich in seinem Entscheid auf das 19. Sanktionspaket der Europäischen Union (EU), welches die bislang grösste Lücke erfasst: das russische «Liquefied Natural Gas», abgekürzt LNG. Dass es vier Jahre brauchte, bis die EU das Füllen Putins Kriegskasse durch den Kauf von Flüssiggas stoppte, ist ein Skandal. Hauptverantwortlich dafür ist Frankreich, dessen Energieriese «Total» zu einem Fünftel an

der ostsibirischen Flüssiggas-Ausbeutung beteiligt ist. Deutschland, das sich von russischem Gas extrem abhängig gemacht hatte, segelte im Windschatten Emmanuel Macrons.

**UNSER DRUCK WAR ENTSCHEIDEND**

Dass die EU endlich einlenkte, ist dem Druck der Ukraine und der europäischen Grünen zu verdanken. Diese hatten im Dezember 2024 den Auftritt der Zuger Novatek am World LNG Summit in Berlin scharf verurteilt.

Dass der Bundesrat das LNG-Verbot mitmacht, ist alles andere als selbstverständlich. So hat er vor zwei Jahren die Regelung abgelehnt, dass auch ausländische Tochtergesellschaften hiesiger Rohstoffkonzerne die Sanktionsmassnahmen durchführen müssen. Dass der Bundesrat gegen die Novatek mitmacht, ist nicht zuletzt das Verdienst der GSoA und der Zuger Alternativ-Grünen. Mit einer zweijährigen Kampagne, die mit Vorstössen im Nationalrat begleitet

wurde, konnten wir einen erheblichen Druck entwickeln. So hat die Zuger Nationalrätin Manuela Weichelt in einer Interpellation vom 13. März 2025 notfalls «Eigenständige Sanktionen für Flüssiggas und Novatek» vorgeschlagen. In seiner Antwort vom 14. Mai 2025 lehnte der Bundesrat zwar «ein eigenständiges Vorpreschen» ab. Aber er versprach, bei den Sanktionen der EU mitzumachen.

**AUF PAZIFISMUS STATT AUF KAPITALISMUS ZIELEN**

Warum aber haben die Medien die Gelegenheit verpasst, einen arg gebeutelten Bundesrat zu loben, wenn er mal was Richtiges macht? Darauf gibt es nur eine stichhaltige Antwort: Warum sollen Medien die Einführung von LNG-Sanktionen an die grosse Glocke hängen, wenn sie während vier Kriegsjahren über deren Fehlen geschwiegen haben?

Von den grossen Zeitungen haben nur die CH-Medien ernsthaft über das Füllen Putins Kriegskasse mit Novatek-Flüssiggas geschrieben. Auch das Schweizer Fernsehen brachte eine Sendung

über die russische Firma mit Sitz in Zug. Allerdings hätte die Tatsache, dass jährlich um die zehn Milliarden nach Russland flossen, auch von ihnen mehr Aufmerksamkeit verdient. Ihre journalistische Arbeit ernst genommen haben auch die WOZ, die Republik und Zentralplus. Erklärungsbedürftig bleibt, dass die meisten Medien den 12'400 Schuss Schweizer Munition, die Deutschland der Ukraine nicht weitergeben durfte, viel mehr Platz eingeräumt haben, als den hunderttausenden Sahed-Drohnen, die mit den Gewinnsteuern der Novatek von Russland gekauft werden konnten. Vielleicht führt diese Frage zu einer mindestens teilweisen Antwort: Was braucht mehr Mut, das Zielen auf den Pazifismus oder das Zielen auf den Kapitalismus? Auch was die offizielle Politik betrifft, fällt die grassierende Gleichgültigkeit gegenüber dem Füllen Putins Kriegskasse und dem Füttern dessen Kriegsmaschine. Wie gewisse Politiker:innen und Medienschaffende die Tatsache verdrängen, dass Russland nicht zuletzt dank Geldern und Gütern aus der Schweiz Krieg führt, und sich gleichwohl als «Ukraine-Freunde» aufspielen können, bleibt ein grosses Rätsel.

BLICK NACH ÜBERSEE

## Kriegsdienstverweigerung in den USA

**In den USA nimmt die Zahl der potentiellen Dienstverweigerer\*innen zu, wie eine diesbezüglich tätige Organisation berichtet. Gleichzeitig versucht die Trump-Administration, solche Mechanismen einzuschränken.** JONAS HEEB

Seit 1973 ist die obligatorische Wehrpflicht in den USA ausgesetzt und die US-Army eine Freiwilligenarmee. Diese Bereitschaft wird aber oft durch attraktive Zusatzleistungen belohnt. Für so manche Menschen ist dies ein wesentlicher Faktor, weshalb sie in der Army dienen. Zunehmend scheinen Soldat\*innen diesen Schritt jedoch zu bereuen, denn ein Rücktritt ist gar nicht so einfach. So berichtet das «Center on Conscience and War» (CCW) von enormem Zulauf (beinahe 1'000 %) an Mitgliedern und Kontaktaufnahmen. Das CCW ist eine US-amerikanische Non-Profit-Organisation, die sich gegen Wehrpflicht einsetzt und Verweigerer\*innen unterstützt, die sogenannten «Conscious Objectors», kurz CO. Als Mitglied der Army hat man das Recht, ein Verfahren einzuleiten, das einem aufgrund von Gewissenskonflikten freigestellt. Obwohl dieses Verfahren sehr langwierig

und anstrengend ist und einiges an Beharrlichkeit erfordert, entscheiden sich tendenziell mehr US-Soldat\*innen, diesen Schritt zu gehen. Interessanterweise sei im Gegensatz zum Krieg im Irak 2003 nicht mehr die Angst, im Krieg zu fallen, relevant, sondern vielmehr die Verweigerung, in einem Krieg töten zu müssen, hinter dem man nicht steht. Selbstverständlich ist festzuhalten, dass die CO verglichen zum Armeepersonal der USA einen sehr kleinen Anteil ausmachen. Das CCW betont gar, dass ein Grossteil der Armeeinghörigen vermutlich nicht mal von diesem Recht auf Verweigerung wusste. Dennoch darf diese steigende Anzahl als kleine Veränderung im positiven Sinne betrachtet werden. Seit Jahrzehnten tätige Mitarbeitende des CCW berichten, sie hätten nie eine vergleichbare Situation erlebt. Doch leider gibt es seitens der Regierung auch Gegenmassnahmen.

### JEDER WIRD ERFASST

Erst Anfang 2026 wurde eine Bestimmung erlassen, mit der eine andere Form der Verweigerung praktisch verunmöglicht wird. Denn obwohl die Wehrpflicht in den USA seit Jahrzehnten nicht mehr gilt, müssen sich alle Männer nach ihrem 18. Geburtstag für die Army registrieren, womit sie in eine riesige Datenbank aufgenommen werden. Diese kommt beim sogenannten «Draft» zum Einsatz, d.h. wenn die USA für einen Krieg mobil machen. Dann wer-

den aus dieser Datenbank lotteriemässig Männer für den Dienst aufgeboten. Die Aktivierung des «Drafts» unterliegt jedoch dem Kongress und wurde seit dem Vietnamkrieg nicht mehr angewendet. Als Akt der Verweigerung unterliessen einige junge Männer diese Registrierung. Damit begeht man eine Straftat, die in der Praxis jedoch eher schwach verfolgt wurde (theoretisch wären bis zu fünf Jahren Gefängnis und eine Geldstrafe von 250'000 USD möglich).

Diese Form der Verweigerung und gewissermassen des zivilen Ungehorsams ist künftig jedoch nicht mehr möglich, da mit der neuen Bestimmung die Registrierung nicht mehr der Verantwortung der Einzelperson unterliegt, sondern automatisch vom Staat vorgenommen wird – aus einer Zusammenstellung verschiedenster Verzeichnisse (Steuern, Führerschein, etc.). Faktisch werden damit alle Männer in den USA potentiell dienstpflchtig. Denn Trump setzt aktuell alles daran, die gewalttätige Schlagkraft der US-Army noch weiter zu erhöhen. Bedenkt man die chaotische Situation, in der sich die USA aktuell militärisch befinden, sowie Trumps unsägliche Unberechenbarkeit, so scheint eine Anwendung des «Drafts» gar nicht so unwahrscheinlich. Ausserdem hat Trump die Erfordernis einer Zustimmung durch den Kongress noch selten interessiert. Übrigens: Trump selbst drückte sich selbst fünf Mal vor einem Einsatz im Vietnamkrieg mit verschiedenen Bildungs- und medizinischen Attesten. Die Aufforderung, Menschen zum Töten in andere Weltregionen zu schicken, ist eben deutlich einfacher, wenn man sich selbst nicht daran beteiligen muss.



AUFRÜSTUNG

## Milliarden um jeden Preis

**Seit einigen Jahren wird Aufrüstung als alternativlos dargestellt: Wir debattieren nicht mehr über die militärische Notwendigkeit oder über die realen Bedrohungen, sondern nur über die benötigten Milliarden und die Sektoren, die den Preis zahlen müssen. Was jedoch für den Bundesrat bereits feststeht: Die Kosten werden auf die Bevölkerung abgewälzt.** RAYYÂN REHOUMA

Die Botschaft hinter dem Entlastungspaket von Karin Keller-Sutter war schon immer klar: Die Bevölkerung muss für die Aufrüstung den Gürtel enger schnallen. Das Paket enthielt nur ausgabenseitige Massnahmen, die mit Kürzungen in den verschiedensten Bereichen – von der Landwirtschaft über die internationalen Organisationen bis hin zu Bildung und Umweltschutz – 8.5 Milliarden freisetzen würden. Und obwohl das Sparpaket in der Frühlingsession um 3 Milliarden reduziert und daraufhin auf das angeordnete Referendum verzichtet wurde, handelt es sich immer noch um Kürzungen in der Höhe von 5.2 Milliarden Franken in den Bereichen Bildung, Forschung und Klimaschutz.

Beim VBS verhält jedoch das Mantra der Ausgabendisziplin: Das Departement fordert eine Finanzspritze von 400 Millionen für die zusätzlichen Produktionskosten der F-35, die der Schweiz von den USA aufgebürdet werden.

Martin Pfister, der vor knapp über einem Jahr das kriselnde Departement übernahm, hat analog der 13. AHV-Rente die Erhöhung der MwSt vorgeschlagen. Die Erhöhung betrüge 0.8% über 10 Jahre und würde einen neuen Rüstungsfonds von 31 Milliarden Franken speisen, die zusätzlich von Schulden in Höhe von bis zu 6 Milliarden ergänzt werden dürften.

Zusammengerechnet würden diese Erhöhung der MwSt und die Erhöhung zur Finanzierung der 13. AHV-Rente jeden Haushalt in der Schweiz um 300 bis 1'400 Franken jährlich zusätzlich belasten. Aber natürlich sollte die Bevölkerung nicht für die Kriegsfantasien der Menschen an der Macht die Zeche übernehmen. Eigentlich sollten wir diese zutiefst unsozialen Massnahmen dem obligatorischen Referendum unterbreiten. So könnten wir zeigen: Sollte ein Sparkurs tatsächlich nötig sein, müssten wir eigentlich beim VBS anfangen.

## DIE LETZTE

LUKAS' CYBERKOLUMNE

## Die Schweiz kauft Waffen für den Schrottplatz, statt Frieden zu fördern

**Die Schweiz kauft heute Technik, die in zehn Jahren nicht mehr als teurer Elektroschrott sein wird. Die Schweiz kauft sie für Kriege, an denen sie sich ohnehin nicht beteiligen wird.** LUKAS BÜRGI

Während das VBS Milliarden in F-35-Kampffjets, Elbit-Drohnen und Patriot-Batterien investiert, zeigt die Realität auf dem Schlachtfeld in der Ukraine ein völlig anderes Bild. Bemannte Kampffjets trauen sich schon gar nicht mehr an die Front, die ADS 15 Drohnen von Elbit sind Dinosaurier verglichen mit allem, was tatsächlich eingesetzt wird, und Patriot-Raketen können höchstens als Mittel der letzten Wahl dienen, weil sie so teuer und schwer erhältlich sind. Der moderne Konflikt wird nicht durch Jahrzehnte im Voraus bestellte Statussymbole entschieden,

sondern durch Innovationszyklen im Monatsrhythmus.

Und die VBS-Strategie hat auch nichts von «nützt's nüt, so schad's nüt» an sich. Denn der Schaden ist gesellschaftlich und ökonomisch. Aktuell wird Krieg wieder als geopolitisches Werkzeug legitimiert, Kriegsgewinner\*innen bereichert und gestärkt und unsere Wirtschaft geschwächt. Rüstungsausgaben sind die einzigen Staatsausgaben, die direkt auf dem Schrottplatz landen, ohne das Leben auch nur einer einzigen Person besser zu machen. Dabei müssten wir dringend investieren: Gegen externe Bedrohungen wie Krieg, Energiekrisen oder Lieferkettenunterbrüche ist nicht Aufrüstung, sondern wirtschaftliche Resilienz entscheidend: Innovationsfähigkeit, nachhaltige Produktion und diversifizierte Lieferketten.

Mehr technische Details findest du hier:



VERLOGENES INSERAT

### Putin und Swissmem

JOSEF LANG

Nach der Krim-Annexion durch den Kriegsherrn Putin hat das Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) für einmal richtig gehandelt. Es hat die Lieferung von Dual-Use-Gütern (Spezialmaschinen für Bomber-Triebwerke, Raketen, Kalaschnikows etc.) an Russland gestoppt. Dagegen zog der Industriellenverband Swissmem ein knallhartes Pro-Putin-Powerplay auf. So kam es am 10. März 2016 zur Aussage des freisinnigen Wirtschaftsministers im Ständerat: «Es darf keine ideologische Prüfkriterien geben.» Das Seco musste die Ausfuhren wieder bewilligen. Wenn in der Ukraine Ra-

keten einschlagen, dann verdankt Putin diese nicht zuletzt Swissmem.

Nun stellt Swissmem am Tag der Einreichung des Kriegsmaterial-Referendums (Mitte April) in einer widerlichen Karikatur die GSoA, die Putins Kriege und die Schweizer Komplizenschaft seit Januar 2000 bekämpft, als Putin-Helferin dar. Diese noch dazu mit KI erstellte «Zeichnung» wurde in einer Vielzahl gedruckter Zeitungen inseriert. Diese Verlogenheit ist derart trumpfistisch, dass auch Swissmem im Herbst ihre «midterms» erleben könnte.

## GREGOR, das glückliche Gewehr

